

# Abrüstungsdemonstration in Bonn

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **70 (1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142587>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sammen leben. Es ist das Problem der gesellschaftlichen Ordnungen, dessen Lösung immer den Anfang der Kultur darstellte, die Kultur gewährleistete, wenn nicht in wesentlichen Graden sogar ausmachte». Während die Klassengesellschaften bis jetzt, im Westen wie im Osten, von Kampf materieller Interessen beherrscht werden, denen alles untergeordnet wird und das zu mörderischen Kriegen führt, scheint in China ein viel versprechender Anfang zu einer Gesellschaft gemacht zu werden, die sich ihrer inneren Feinde erwehren kann und in der die Menschen im Frieden zusammen leben. Der Westen andererseits erschöpft sich in einem wahnsinnigen Wettrüsten, das von den daran Interessierten pausenlos geschürt wird. Die Verbrechensflut steigt unwiderstehlich an, provoziert durch Massenarbeitslosigkeit besonders in der jungen Generation und den unaufhaltsamen Zustrom zu den Slums der Großstädte. Dazu kommt seit dem Zweiten Weltkrieg und Vietnam noch das Problem der Drogen, das nur in China gemeistert wurde (Opium). Ist das heutige China nicht ein Hinweis, daß ein Volk, auf die eigene Kraft und die Gerechtigkeit seiner Sache bauend, sich auch aus der schlimmsten Lage herausarbeiten kann?

«50 000 Staaten ohne Polizei» sind sicher das Symbol eines neuen Anfangs. — Red.

## Abrüstungsdemonstration in Bonn

Am 22. Mai 1976 fand in Bonn unter dem Motto: «Stoppt das Wettrüsten! Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit! Mit der Abrüstung beginnen!» eine zentrale Demonstration für Abrüstung statt, zu der ein breiter Unterzeichnerkreis aufgerufen hatte. Von den Ansprachen, die an der Abschlußkundgebung gehalten wurden, bringen wir nachstehend diejenige von Prof. Dr. Gerhard Kade, Darmstadt, im Wortlaut, weil sie die Friedensgefährdung durch den erneuten deutschen Schub von Aufrüstung am markantesten zum Ausdruck bringt. — Red.

\*

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir haben uns heute hier an dieser Stelle versammelt, um den Willen der demokratischen Öffentlichkeit unseres Landes zu demonstrieren, die im Interesse des Entspannungsprozesses die unverzügliche Einstellung des Wettrüstens verlangt.

— Von dieser Stelle aus fordern wir deshalb eindringlich: Stoppt das Wettrüsten!

— Für Frieden, demokratische Reformen und soziale Sicherheit!

— Jetzt mit der Abrüstung beginnen!

Wir begrüßen Sie als Teilnehmer der größten Abrüstungsdemonstration

in der Geschichte unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland. Wir begrüßen hier am 22. Mai 1976 in Bonn Frauen, Männer und Jugendliche, die zusammengekommen sind, um für die Einstellung des Wettrüstens zu kämpfen — nicht morgen oder übermorgen, sondern heute. «Stoppt das Wettrüsten» ist zur Forderung unserer Zeit geworden. Sie duldet keinen Aufschub. Sie vereint immer mehr Menschen, mögen ihre politischen Auffassungen auch in anderen Fragen oft weit auseinanderliegen. Sie vereint sie zu gemeinsamem Handeln, weil immer mehr Menschen erkennen, daß Rüstung allen Menschen Bürden auferlegt und nicht danach fragt, zu welcher Partei sie gehören, welche politische Anschauung sie haben, welcher Religion und welcher sozialen Herkunft sie sind. Die Einmütigkeit in dieser Frage, die Sie durch Ihr so zahlreiches Erscheinen dokumentieren, erinnert doch gerade daran, daß die Toten zweier Weltkriege nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit gefragt wurden, bevor sie von denen, die noch stets in Rüstung und Krieg profitiert haben, in die sinnlosen Völkergemetzel geschickt wurden.

Diese breite Gemeinsamkeit in der Forderung nach Rüstungsstopp und Abrüstung straft jene ewig Gestrigen in unserem Lande Lügen, die schon wieder versucht haben, diese unsere machtvolle Demonstration als Veranstaltung einer «kommunistischen Tarnorganisation» zu diffamieren. Den Befürwortern des Wettrüstens — ob auf der Hardthöhe, im Springerkonzern oder in den Rüstungsbetrieben des bayerischen Separatstaates — soll diese Kundgebung mit aller Deutlichkeit zeigen, daß der Fortschritt auf der Seite derer ist, die für die Sache des Friedens, für Entspannung und Abrüstung eintreten und daß die Kriegstreiber auf dem Misthaufen der Geschichte landen werden.

Sicherung des Friedens durch Abrüstung: Das ist die Frage, die Menschen in unserem Lande stellen. Dies ist die Frage, die uns bedrängt, uns zum Bekenntnis und Handeln zwingt. 20 000 Persönlichkeiten unseres Landes haben den Aufruf zur Demonstration hier in Bonn unterzeichnet; Tausende von Betriebsräten, Betriebsratsvorsitzenden, Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend, Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftssekretäre, Tausende von Lehrern, Professoren, Pfarrern, Künstlern, Schauspielern, Persönlichkeiten unseres Landes, unzählige Vertreter von Jugendorganisationen, Schülersprecher, ASten, Vertreter zahlreicher Gruppierungen der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, der SDAJ, des SHB, des Spartakus, der Naturfreunde, der Falken, der Jungen Europäischen Föderalisten, Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose, Aerzte, Juristen. Sie alle engagieren sich, sie alle sind bei uns. Wir begrüßen auch, daß Hunderte von Soldaten und Zivildienstleistenden gemeinsam unsere Demonstration unterstützen. Die Breite, die Vielfalt der Zustimmung, die zahllosen Aktivitäten, die Entwick-

lung von Aktionsbündnissen in über sechzig Städten unseres Landes, das alles bestärkt uns in der Auffassung, daß wir auf dem richtigen Weg sind, auf dem Weg zu Frieden, Abrüstung und Fortschritt.

Wo auch immer wir um Fortschritt kämpfen, wo auch immer um Menschlichkeit, wo auch immer um Gleichberechtigung, wo auch immer um Hoffnung auf eine friedliche, gerechte und sichere Zukunft, immer begegnen wir dem großen Problem: ohne Abrüstung kein Fortschritt, ohne Abrüstung keine Menschlichkeit, ohne Abrüstung keine soziale Sicherheit, ohne Abrüstung kein Frieden, ohne Abrüstung keine Zuversicht in die Zukunft, keine Hoffnung auf Ueberwindung von Armut, Hunger und Elend auf unserer Welt.

In Wien beginnt in diesen Tagen die neunte Runde zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Neben den beteiligten Vertretern europäischer Nationen nimmt die Delegation der Bundesrepublik wieder am Verhandlungstisch Platz, und die Öffentlichkeit erwartet von ihr, daß sie nun endlich in entscheidendem Maße dazu beiträgt, daß in dieser Verhandlungsrunde Ergebnisse erzielt werden, die echte Beiträge zur Abrüstung und damit zur militärischen Entspannung darstellen. Für solche positiven Ergebnisse wurden in der jüngsten Vergangenheit wichtige Voraussetzungen geschaffen. Die Entspannung setzt sich mehr und mehr durch. Mehr Frieden, Sicherheit, Fortschritt und Zuversicht stehen auf der Habenseite einer solchen vernünftigen Politik — Konfrontation und Kalter Krieg haben sich ein für allemal als untauglich zur Lösung der in Europa und der ganzen Welt anstehenden Probleme erwiesen.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion haben schon längst begriffen, daß dem Wettrüsten mit wirksamen Maßnahmen begegnet werden muß, und daß gerade sie als die politischen, ökonomischen und militärischen Führungsmächte eine besondere Verantwortung dafür tragen, die Menschheit vor ihrer Vernichtung durch eine militärische Konfrontation zu bewahren. Ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg der Entspannung war die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In Helsinki haben die Vertreter der europäischen Staaten, der USA und Kanadas Prinzipien verabschiedet, die das Zusammenleben auf unserem Kontinent positiv zum Vorteil aller beeinflussen werden. Die Politiker aus Ost und West haben in den Abschlußdokumenten festgehalten, daß ein friedliches Zusammenleben erfordert, daß sich alle Staaten bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele der Anwendung von Gewalt enthalten und daß die bestehenden Grenzen in Europa respektiert werden. Dieser in der Geschichte Europas einmalige Akt hat nicht nur den Beifall der Völker Europas hervorgerufen, sondern ist ein Beispiel für andere Teile unserer Erde geworden, die von politischen Krisen und

Spannungen erschüttert werden. Das ist vor allem ein Sieg der friedliebenden und demokratischen Kräfte.

Wir alle, die wir hierfür gekämpft haben, dürfen jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Das erklärte Ziel heißt jetzt Abrüstung. Es kommt darauf an, daß die politisch realistischen Kreise in den Regierungen, den Parlamenten, in den Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen alle Kräfte mobilisieren, um einen bedeutenden Schritt zur Durchsetzung der Entspannung zu erzwingen. Wenn der Bundeskanzler betont, daß es der Bundesregierung mit der Entspannung sehr ernst sei und daß sie dieses Ziel weiter konsequent verfolgen werde, dann können wir nur beipflichten und versichern, daß wir dafür alle erdenkliche Unterstützung geben werden. Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Bundeskanzler, und fragen sogleich, wie verträgt sich der Rekordhaushalt des Aufrüstungsministers Leber in Höhe von mehr als 30 Milliarden DM mit der proklamierten Entspannungspolitik? Wir fragen weiter, stehen die von Leber veranlaßten Maßnahmen zur weiteren forcierten Aufrüstung der Bundeswehr nicht im Gegensatz zu Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler? Anläßlich des 20jährigen Bestehens der Bundeswehr erklärte Minister Leber: «Noch nie war die Bundeswehr so stark wie heute.» Wo besteht da die Notwendigkeit, weitere Milliarden nicht etwa für die Unterhaltung der Bundeswehr, sondern für die weitere Aufrüstung zu verwenden? In der Bundesrepublik wird an kostspieligen Waffensystemen gearbeitet, die Unsummen Gelder verschlingen, während zur Lösung wichtiger sozialer Fragen finanzielle Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden können. Die Steuerzahler sollen dafür tief in die Tasche greifen, während die Rüstungsmonopole Riesenprofite einstreichen. Allein die Anschaffung des neuen Kampfflugzeuges wird ohne Entwicklungskosten über 20 Milliarden DM verschlingen (zusammen 83 Milliarden), während weitere 10 Milliarden DM für Entwicklung und Bau der Fregatte 122 verschwendet werden, weil die Herren Admirale der Bundesmarine «mehr Flagge» auf den Weltmeeren zeigen wollen, ganz zu schweigen davon, daß bereits Hunderte von Millionen für Projekte investiert wurden, die man schließlich wieder fallen ließ.

Bezeichnenderweise kommt der Beifall für die Vorhaben des Verteidigungsministers gerade aus jenen Reihen der Opposition, die sich längst als offene Feinde jeder Entspannung in Europa entlarvt haben. Der CDU-Wehrexperte Wörner versicherte Herrn Leber der vollen Unterstützung der Unionsparteien, solange er nicht von dieser Wehrpolitik abweiche, und forderte ihn auf, nicht dem Druck der Linken zu weichen.

Dazu wird die schon alte These von der Bedrohung aus dem Osten tagtäglich neu verkauft. Es wird mit fragwürdigen Geheimplänen und

manipulierten Zahlen gearbeitet, denen allzuleicht anzumerken ist, daß sie ihren Predigern nur zur Bemäntelung eigener unehrlicher Absichten dienen sollen. Solange die Bundesregierung und die Parteien des Deutschen Bundestages mit solchen fragwürdigen Argumenten die Aufrüstung weiter vorantreiben, solange wird die Aufrichtigkeit ihrer Entspannungsbemühungen in Zweifel gezogen werden.

Die Russen kommen! wird dem verdutzten Bundesbürger fast täglich als Nachricht verkauft — besonders von Herrn Axel Springer. Ja — in der Tat — sie sind gekommen! Anders jedoch, als ein primitiver Antikommunismus — verstärkt in den letzten Monaten — dem in Unkenntnis der wahren politischen Lage gehaltenen Bürger dieser Republik weismachen möchte.

Die Vertreter der Sowjetunion sind nach Paris gekommen, nach Bonn gekommen, nach Washington gekommen, nach St. Clemente gekommen, nach Rom gekommen, nach Tokio, überallhin, zur gesamt-europäischen Konferenz von Helsinki und in die UNO. Sie haben Vorschläge unterbreitet zur friedlichen Entwicklung, zur Zusammenarbeit und zur Abrüstung, zur Einberufung der Weltabrüstungskonferenz, zum Verbot jeglicher neuer Massenvernichtungswaffen, zum Verbot des Mißbrauchs der Umwelt zu militärischen Zwecken — durch künstliche Erdbeben, Dürren, Regenfälle, Sturmfluten usw. — des totalen Verbots aller chemischen Waffen, des totalen Stopps aller unterirdischen und anderen Atomtests, zur Einberufung einer Konferenz der fünf Atommächte und vieles andere mehr. Darüber konkret zu verhandeln, wem sollte es schaden, es nützt allen, es verringert die Kriegsgefahr. Es erhöht unser aller nationale Sicherheit.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, der Kalte Krieg ist nicht folgenlos geblieben. Mißtrauen auf beiden Seiten muß überwunden werden, neue Wege müssen beschritten werden, Vertrauen muß gestärkt werden, Erfahrungen müssen gesammelt werden. All das sind die Lehren jüngster Entwicklung. Sie k ö n n e n gesammelt werden und sie m ü s s e n gesammelt werden. Neue Wege müssen beschritten werden zu einem friedlichen, zusammenarbeitenden, abgerüsteten Europa, zu einer friedlichen, zusammenarbeitenden, abgerüsteten Welt. Sicherheit heute — das heißt: Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki, Fortsetzung der Ostpolitik der Bundesregierung, Festigung der Entspannung, Vertiefung der Zusammenarbeit, Durchsetzung der Abrüstung! Abrüstung ist das vordringlichste Gebot unserer Zeit. Darum müssen wir handeln für die Einstellung des Wettrüstens — gegen die Ammenmärchen in jeglichen Weißbüchern von einem Gleichgewicht des Schreckens. Nur das gewährt nationale Sicherheit. Nur so, ausschließlich so, eröffnen sich zuverlässige Perspektiven für die Zukunft von uns allen, für jeden, für jedes Land und jeden

Kontinent. Denn wahre Zukunft und wirklicher Fortschritt wird nur sein, wenn die Völker nicht gegeneinander rüsten, gesellschaftliche Werte vernichten und Zerstörung gegeneinander organisieren; Fortschritt und Zukunft wird nur sein, wenn die unerträglichen Rüstungslasten beseitigt und die Menschen für ihre Gesellschaft und nicht für die Zerstörung der Gesellschaft arbeiten. Deswegen ist Abrüstung notwendig.

Der Stand der Verhandlungen in Wien über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa nach Abschluß der achten Runde zeigt, daß die Verhandlungsposition der Bundesrepublik immer noch getragen wird von unrealistischen Vorstellungen, die eher aus dem Argumentationshaushalt der Entspannungsgegner stammen, als daß sie auf der Linie einer fortschrittlichen Ostpolitik der Regierung Brandt—Scheel liegen.

Die Bundesregierung als zweitstärkste Macht nach den USA in der NATO verfügt über einen beträchtlichen politischen Spielraum. Warum, so müssen wir die Bundesregierung fragen, trägt die bundesdeutsche Verhandlungsdelegation in Wien nicht durch eine realistischere Haltung und eine konstruktive Verhandlungsführung entscheidend dazu bei, Hindernisse auf dem Wege zur militärischen Entspannung auszuräumen. (Schluß folgt)

## Wer lernt von wem?

### Uebertragung von Technologie — keine Einbahnstraße

Ein Thema, das sich auf der Tagesordnung aller internationalen Konferenzen über Entwicklung findet: Technologie-Transfer. Ein Begriff, der alles andere als klar umrissen ist, macht Natur- und Sozialwissenschaftlern ebenso zu schaffen wie Politikern und Industriemanagern. Industrie- und Entwicklungsländer sind sich keineswegs einig, wem welche Form von Technologie am besten bekommt. Auch bei den verschiedenen Gliedern der UN-Familie gibt es höchst unterschiedliche Vorstellungen zu diesem Problem, wie der bekannte norwegische Friedensforscher Johan Galtung beobachten konnte.

Ich hatte ein halbes Jahr lang das Vergnügen, den Vereinten Nationen als Berater in Genf zu dienen. Genau gesagt hatte ich zwei Verträge: einen mit UNCTAD über außerökonomische Aspekte des Technologietransfers und einen anderen oben auf dem Berg bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die Auswirkungen, die die moderne westliche Technologie und Industriewirtschaft auf Geist und Seele der Menschen haben.

Aber schauen wir uns einige Argumente zur Uebertragung von Technologie an, ich formuliere sie auf eigene Verantwortung, «sie geben nicht notwendigerweise die Meinungen der beiden oben zitierten Organisationen wieder».